

Kalmbach, Peter

Article — Digitized Version

Lohnhöhe und Beschäftigung: Ein Evergreen der wirtschaftspolitischen Debatte

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kalmbach, Peter (1985) : Lohnhöhe und Beschäftigung: Ein Evergreen der wirtschaftspolitischen Debatte, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 7, pp. 370-376

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136063>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Lohnhöhe und Beschäftigung: Ein Evergreen der wirtschaftspolitischen Debatte

Peter Kalmbach, Bremen

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wird immer wieder mit einer ungenügenden Beschäftigungsorientierung der Lohnpolitik zu erklären versucht. Wie stichhaltig ist diese Hypothese? Kann Lohnzurückhaltung in der heutigen Situation als erfolgversprechende beschäftigungspolitische Option gelten? Prof. Peter Kalmbach untersucht den Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung.

Im Jahr 1985 werden in der Bundesrepublik Deutschland nach allen Voraussagen zum vierten Mal hintereinander die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen deutlich stärker steigen als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit; die Lohnquote sinkt seit 1981 und die bereinigte Lohnquote weist für 1984 einen Wert auf, der in etwa dem Durchschnittswert der sechziger Jahre entspricht. Im gleichen Zeitraum nahm die Zahl der Erwerbstätigen deutlich ab, von 26,0 Mill. im Jahr 1981 auf 25,1 Mill. im Jahr 1984. Die Zahl der Arbeitslosen stieg um eine Million.

Keine guten Zeiten, sollte man denken, um die These zu vertreten, daß das durchschnittliche Lohnniveau die Beschäftigungshöhe bestimmt. Dennoch vermittelt die wirtschaftspolitische Diskussion der letzten Monate den Eindruck, der Lohnentwicklung komme die Schlüsselrolle für die Lage am Arbeitsmarkt zu. Dabei hat sich allerdings eine bemerkenswerte Akzentverschiebung ergeben, wie z. B. die Aussagen des Sachverständigenrates zu diesem Thema zeigen. In seinem Jahresgutachten 1977/78 hatte der Sachverständigenrat noch, die danach bereits viel diskutierten Erkenntnisse der Neuen Makroökonomik souverän negierend, festgestellt: „Ein mehr als nur zeitweiliges Überangebot am Arbeitsmarkt muß also mit einem zu hohen Lohn zu tun haben.“¹ Im Jahresgutachten 1984/85 scheint dem Sachverständigenrat dagegen vor allem „eine stärkere Spreizung der Tarifabschlüsse geboten“².

Im Vordergrund steht damit nicht mehr der Zusammenhang zwischen den Aggregatgrößen Lohnniveau

und Beschäftigung, betont werden vielmehr die negativen Beschäftigungswirkungen einer „falschen“, sprich den herrschenden Angebots-Nachfrage-Bedingungen nicht entsprechenden Lohnstruktur. Lohnquote bzw. durchschnittliche Lohnhöhe, für den Sachverständigenrat des Jahres 1977 noch die Schlüsselgröße zur Erklärung der Arbeitslosigkeit, werden nun mitunter als wenig aussagekräftig angesehen: „Die Löhne müssen nach Branchen, Regionen und Qualifikationen wieder differenzierter werden, wenn alle überall eine faire Chance haben sollen, einen ihrer Eignung gemäßen Arbeitsplatz zu finden. Die Meßzahlen der Lohnquote und des Durchschnittslohns sagen zunächst noch nichts darüber aus, ob auf den vielen Arbeitsmärkten die Löhne im Beschäftigungsgleichgewicht sind oder nicht. Auch bei sinkender Lohnquote kann die lohnbedingte Arbeitslosigkeit durchaus steigen, wenn in Segmenten des Arbeitsmarktes an Löhnen festgehalten wird, die gegenüber kapitalintensiveren Produktionsmethoden oder billigeren Erzeugnissen des Auslands nicht wettbewerbsfähig sind.“³

Trotz der veränderten Akzentuierung gehört die Diskussion über den Zusammenhang von Lohnniveau und Beschäftigung keineswegs der Vergangenheit an. Die große Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler sieht nach wie vor in moderaten Lohnabschlüssen einen, wenn nicht den Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Insofern ist es gerechtfertigt, im folgenden allein der Bedeutung des Lohnniveaus für die Beschäftigungshöhe Aufmerksamkeit zu schenken.

Prof. Dr. Peter Kalmbach, 45, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte sind Verteilungstheorie und -politik sowie die Beschäftigungsfolgen des technologischen Wandels.

¹ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1977/78, Ziffer 297.

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1984/85, Ziffer 376.

³ H. D. B a r b i e r: Risiken der Verteilung – Die Löhne bestimmen die Beschäftigung, in: Süddeutsche Zeitung vom 10./11. 11. 1984, S. 33.

Die neoklassische Sichtweise

Häufig wird nicht recht deutlich, an welche Größe eigentlich als Indikator der Lohnhöhe gedacht wird. Wird vom Lohnsatz oder der Lohnquote gesprochen, ist es der Nominallohnsatz oder der Reallohnsatz, die tatsächliche oder die bereinigte Lohnquote?

Geht man von der schlichten Version der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie aus, so ist die Frage schnell beantwortet. Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage sind dort Funktionen des Reallohnsatzes und zwar das Arbeitsangebot in der Regel – wenn auch nicht zwingend – eine steigende, die Arbeitsnachfrage eine fallende Funktion. Die Beschäftigungshöhe ist hier eindeutig eine Funktion des Reallohnsatzes. Da die jeweils kürzere Marktseite das Ergebnis bestimmt, muß der Zusammenhang zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung nicht zwangsläufig invers sein. Liegt der Reallohnsatz unter dem Gleichgewichtslohn, so ist es unter den üblichen Annahmen die Angebotsseite, die die Beschäftigungshöhe festlegt. Solange der Gleichgewichtslohnsatz noch nicht erreicht ist, kommt es zu einem Anstieg von Reallohnsatz und Beschäftigung. Da das Angebots-Nachfrage-Diagramm aber meist zur Erklärung der Arbeitslosigkeit dient (die es unterhalb des Gleichgewichtslohnsatzes annahmegemäß nicht gibt), interessiert in der Regel nur der Bereich, in dem die Nachfragekurve das Ergebnis bestimmt – und hier gilt der dem Neoklassiker vertraute inverse Zusammenhang zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung.

Der aus dem statischen Modell abgeleitete Zusammenhang muß für eine Wirtschaft, in der technischer Fortschritt erfolgt und der Kapitalstock steigt, entsprechend modifiziert werden. Häufig wird hier eine Reallohnerrhöhung im Ausmaß des Produktivitätsfortschritts (eventuell korrigiert um den Terms-of-Trade-Effekt) als beschäftigungsneutral angesehen. An die Stelle des Zusammenhangs zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung tritt dann der zwischen Lohnquote und Beschäftigung.

Die anfangs wiedergegebene Aussage des Sachverständigenrats aus dem Jahre 1977 ist unübersehbar von dieser einfachen Lehrbuchversion der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie abgeleitet. Ein Überangebot am Arbeitsmarkt liegt nur bei einem Reallohnsatz über dem Gleichgewichtsreallohnsatz vor, folglich ist der Reallohnsatz bei Vorliegen von Arbeitslosigkeit zu hoch. Die naheliegende Folgerung, daß nur eine ausreichen-

⁴ Beziehungsweise unter Berücksichtigung eines Produktivitätsfortschritts: Ein Zurückbleiben der Reallohnerrhöhung hinter der Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Diese Modifikation gilt jeweils auch für die folgenden Ausführungen.

de Senkung des Reallohnsatzes die Arbeitslosigkeit beiseitigen könne⁴, ist allerdings auch aus neoklassischer Sicht nicht zwingend: Maßnahmen, die eine ausreichende Rechtsverschiebung der Arbeitsnachfrage oder eine ausreichende Linksverschiebung des Arbeitsangebots (jeweils ohne entsprechende Gegenbewegung auf der anderen Marktseite) herbeiführen, müssen auch von Neoklassikern als jedenfalls grundsätzlich denkbare Alternative einer Beschäftigungspolitik anerkannt werden, mit denen Vollbeschäftigung auf anderem Weg als über Reallohnsenkung erreicht werden kann.

Die aus dem bekannten Angebots-Nachfrage-Diagramm des Arbeitsmarkts für den Fall eines den Gleichgewichtslohnsatz übersteigenden Reallohnsatzes gezogene, auf den ersten Blick so plausible Folgerung, daß *nur* eine Reallohnsenkung eine Annäherung ans Gleichgewicht herbeiführt, impliziert also offenbar viel stärkere Hypothesen als zunächst ersichtlich. Will man nämlich die Reallohnsenkung als den einzigen Weg zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung begründen, so muß man Argumente dafür beibringen, daß die erforderlichen Verschiebungen der Nachfrage- bzw. Angebotskurve nicht herbeigeführt werden können⁵.

Die wirtschaftspolitische Konsequenz aus dem bisher Gesagten lautet: Selbst wenn es sich als richtig erweisen sollte, daß Arbeitslosigkeit mit einem zu hohen Reallohniveau zu tun hat, kann daraus nicht die Folgerung gezogen werden, daß *nur* eine Senkung des Reallohnlevels wieder Vollbeschäftigung herbeizuführen in der Lage ist. Selbst bei Akzeptanz der Diagnose gibt es dazu Alternativen. Sie bestehen darin, daß das herrschende, als zu hoch diagnostizierte Reallohniveau durch geeignete Maßnahmen nachträglich realistisch gemacht wird. Dies kann durch produktivitätsfördernde Maßnahmen, aber auch durch Maßnahmen geschehen, die auf eine Verringerung des Arbeitsangebots hinauslaufen⁶.

Ergänzungen

Bisher wurde noch nichts dazu gesagt, wie die inverse Beziehung zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung begründet wird. Im herkömmlichen statischen Modell der Lehrbücher ist die dahinterstehende Idee folgende: Es existieren eine substitutive Produktionsfunktion und ein Kapitalstock in bestimmter Höhe. Gewinn-

⁵ Oder aber zwar herbeigeführt werden können, aber entgegengesetzte Verschiebungen der anderen Marktseite zur Folge haben.

⁶ Letzteres ist von einigen Neoklassikern durchaus gesehen worden. So hat z. B. Wicksell sich für Geburtenkontrolle und Auswanderung ausgesprochen, um von der Angebotsseite her Verbesserungen für Lohnbezieher im Schweden seiner Zeit zu erreichen. Man kann sich durchaus vorstellen, daß er sich heute unter den Befürwortern einer Arbeitszeitverkürzung befinden würde.

maximierende Unternehmen in vollkommener Konkurrenz realisieren jeweils die Beschäftigungsmenge, die Grenzprodukt und Reallohnsatz zum Ausgleich bringt. Dies gilt auch dann, wenn ein höherer als der Gleichgewichtslohnsatz existiert und sein Absinken verhindert wird. Das dann notwendige höhere Grenzprodukt ist nach neoklassischer Vorstellung nur mit höherer Kapitalintensität, bei gegebenem Kapitalstock also mit niedrigerer Beschäftigung erzielbar. Eine Reallohnsenkung würde eine geringere Kapitalintensität und damit Mehrbeschäftigung rentabel machen⁷.

Die dabei gemachten Annahmen über Produktionsfunktion, Marktform, Preisbildung usw. können offenbar nicht als besonders realistisch angesehen werden, so daß es als recht heroisch erscheinen muß, von dieser statischen Welt der vollkommenen Konkurrenz auf die Realität zu schließen. Die gerade referierte Argumentation erfährt deshalb Ergänzungen, die den inversen Zusammenhang anders als durch den Verweis auf das Substitutionsprinzip begründen und dabei über das statische Modell hinausgehen.

Zu hohe Reallöhne, so eine verbreitete Argumentation, haben eine zu niedrige Kapitalrentabilität zur Folge, die ihrerseits – jedenfalls mittelfristig – eine unzureichende Investitionstätigkeit erwarten läßt und damit „Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit, eine klassische Arbeitslosigkeit zweiten Grades“⁸ hervorruft. Anzumerken ist hierzu, daß nach neoklassischer Lehre eine Kapitalmangel-Arbeitslosigkeit in strengem Sinn nicht existieren kann, da grundsätzlich mit jedem Kapitalstock Vollbeschäftigung erreichbar ist – ausreichend flexible Löhne vorausgesetzt. Setzt man diese Flexibilität allerdings nicht voraus, bedarf es eines ausreichend großen und hinreichend modernen Kapitalstocks, um ein bestimmtes Lohnniveau tragbar zu machen. Indem ein ho-

⁷ Neben der Vorstellung, daß Veränderungen in der Faktorpreisrelation einen Mehreinsatz des relativ billiger gewordenen Faktors in der Produktion herbeiführen, wirkt nach neoklassischer Sicht noch ein zweiter Substitutionsvorgang in die gleiche Richtung: die Substitution im Konsum. Durch die relative Verbilligung arbeitsintensiver Güter erfahren diese eine Mehrnachfrage – mit positiven Auswirkungen auf die Arbeitsnachfrage.

⁸ H. Giersch: Arbeit, Lohn und Produktivität, in: Weltwirtschaftliches Archiv 119 (1983), S. 10.

hes Reallohniveau aber die Kapitalrentabilität schwächt, dadurch die Investitionstätigkeit lähmt, wird nach neoklassischer Auffassung gerade die Ausdehnung und Modernisierung des Kapitalstocks behindert, die einen zunächst überhöhten Reallohn wieder zu einem angemessenen Knappheitsindikator machen könnte.

Schließlich gibt es nach neoklassischer Sicht noch die Spätschäden eines überhöhten Reallohniveaus. Um es mit den Worten Gierschs zu sagen: „Überhöhte Löhne und gedrückte Zinsen locken aus der Schatzkammer des neuen Wissens nicht die Kapitalsparer an, sondern die Job-Killer. Das Ergebnis ist technologische Arbeitslosigkeit, eine klassische Arbeitslosigkeit dritten Grades.“⁹

Die Position von Keynes

Soweit die Begründungen eines inversen Zusammenhangs zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung. Die daraus gezogene Folgerung war regelmäßig die, daß eine Reallohnsenkung oder aber – sofern eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in Rechnung gestellt wurde – jedenfalls eine hinter der Produktivitätssteigerung zurückbleibende Realloohnerhöhung Voraussetzung einer Beschäftigungserhöhung sind. Die wesentlichen Gegenpositionen dazu sind recht heterogen. Eine recht bemerkenswerte wird von Keynes in der *General Theory*¹⁰ bezogen. Sie besteht darin, daß er die inverse Beziehung zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung akzeptiert, eine Lohnsenkung aber dennoch für keine angemessene Strategie zur Erhöhung der Beschäftigung hält. Inkonsistent ist das deshalb nicht, weil eine Lohnsenkung sich zunächst immer nur auf den Nominallohnsatz beziehen kann. Würden die Gewerkschaften einer solchen Senkung zustimmen, so käme es zu einer Nachfragereduktion, die nach Keynes' Vorstellung einen Druck auf die Preise auslösen müßte. Anders gesagt: Wenn die Folge einer Lohnsenkung eine Reduktion des Preisniveaus ist, bleibt die Senkung des Re-

⁹ Ebenda, S. 10.

¹⁰ J. M. Keynes: *The General Theory of Employment, Interest and Money*, London 1936, insbesondere Kapitel 19.

KONJUNKTUR

VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte
ISSN 0023-3439

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

allohnsatzes aus, und trotz inverser Beziehungen zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung ergibt sich keine Beschäftigungserhöhung, weil die Nominallohnsatzsenkung keine Reduktion des Reallohnsatzes zur Folge hat.

Es wäre falsch, Keynes als einen Autor darzustellen, der einer Nominallohnsenkung kategorisch jeden positiven Beschäftigungseffekt abspricht. Es wird noch darauf einzugehen sein, daß er für die offene Volkswirtschaft bemerkenswerte Modifikationen anbringt. Aber auch für die geschlossene Ökonomie, die der General Theory zugrundeliegt, hält er unter bestimmten Umständen einen positiven Beschäftigungseffekt der Nominallohnsenkung für denkbar. Er erfolgt über den aus Lohn- und Preissenkung ausgelösten Zinssenkungseffekt, der inzwischen als Keynes-Effekt bezeichnet wird. Keynes läßt allerdings keinen Zweifel daran, daß er eine expansive Geldpolitik für die überlegene Alternative gegenüber einer Lohnsenkung hält, diesen von der Zinssenkung ausgehenden positiven Beschäftigungseffekt zu erreichen¹¹.

Es dürfte klar sein, daß sich diejenigen zu Unrecht auf Keynes berufen, die meinen, einen positiven Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung begründen zu können. Was den inversen Zusammenhang zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung anbelangt, ist Keynes kein Kritiker der neoklassischen Theorie, er liegt in diesem Punkt vielmehr ganz auf ihrer Linie. Einem niedrigeren Reallohnsatz entspricht auch nach seiner Überzeugung eine höhere Beschäftigung. Dieser niedrigere Reallohnsatz wird sich nach seiner Auffassung freilich in der Regel durch eine Nominallohnsatzsenkung nicht ergeben, da die wahrscheinliche Folge in einer Deflation besteht.

Die englische Entwicklung in den Jahren vor dem Erscheinen der General Theory stützt diese Sicht¹². Zwischen 1929 und 1935 ergab sich ein leichter Rückgang des Nominallohnsatzes, gleichzeitig eine ausgeprägte Reduktion des Preisniveaus, mit dem Ergebnis, daß der Reallohnindex 1935 deutlich über dem Niveau des Jahres 1929 lag.

Kaufkrafttheorie des Lohnes

Wenn man Keynes auch nicht zu ihren Gefolgsmitgliedern rechnen kann, so spielte und spielt auch heute noch in den Wirtschaftswissenschaften die Auffassung eine Rolle, nicht mit Lohnsenkung, sondern im Gegenteil mit Lohnerhöhung könne ein positiver Beschäftigungseffekt erreicht werden. Diese Position wird häufig als die Kaufkrafttheorie des Lohnes bezeichnet. Daran ist soviel richtig, daß in der Tat der nachfragestimulie-

rende Effekt einer Lohnerhöhung stark in den Vordergrund gerückt wird, indem der kreislaufmäßige Zusammenhang zwischen Lohneinkommenserhöhung und steigenden Konsumausgaben betont wird. Die neoklassische Theorie ist demgegenüber primär mikroökonomisch orientiert – bei ihr steht der Kosteneffekt einer Lohnvariation im Vordergrund.

Für die Position, daß Lohnerhöhungen eine Beschäftigungserhöhung zur Folge haben, ist die Charakterisierung „Kaufkrafttheorie des Lohnes“ jedoch insgesamt mißverständlich. Zwar könnte man argumentieren, daß eine Umverteilung von den Profiten zu den Löhnen angesichts der höheren Konsumneigung aus Lohneinkommen einen nachfragestimulierenden Effekt hat. Daß verringerte Profite keinerlei Rückwirkung auf die Investitionstätigkeit haben, ist jedoch nicht so ohne weiteres plausibel zu machen. Ein Argument in dieser Richtung ist, daß die Investitionen im wesentlichen dem Akzeleratorprinzip unterliegen und damit die nachfragestimulierende Wirkung der Lohnerhöhung auch die Investitionstätigkeit günstig beeinflusst. Hält man sich aber vor Augen, daß die Lohnerhöhung ja gerade zur Überwindung einer Situation der Unterbeschäftigung und der unterausgelasteten Kapazitäten empfohlen wird, fällt es schwer, dem Akzeleratorprinzip zu vertrauen, insbesondere wenn dessen Wirksamkeit für eine Phase sinkender Gewinne behauptet wird.

Die Vertreter der These, daß Arbeitslosigkeit durch Lohnerhöhungen überwunden werden kann, versuchen nun aber in aller Regel gar nicht zu begründen, daß es die Einkommens- bzw. Kaufkraftumschichtung ist, die die Beschäftigung erhöht – ihre Argumentation zielt vielmehr auf den Nachweis, daß sich aus der Lohnerhöhung auch eine Erhöhung der Profite ergeben wird. Obwohl die Vorstellung, daß Lohnerhöhung zu Beschäftigungserhöhung führen kann, in der Regel von gewerkschaftlicher und kapitalismuskritischer Seite vorgebracht wird, steht hinter dieser Idee paradoxerweise ein viel harmonistischeres Bild der kapitalistischen Gesellschaft als in der neoklassischen Theorie. Während letztere zwischen Reallohnsatz und Profitrate eine inverse Beziehung unterstellt, wird diese für die unterbeschäftigte und unterausgelastete Ökonomie von den Propagandisten einer Lohnerhöhung in beschäftigungspoliti-

¹¹ Für Geldmengenerhöhung wie Geldlohnsenkung meldet Keynes jedoch folgenden Vorbehalt an: „Just as a moderate increase in the quantity of money may exert an inadequate influence over the long-term rate of interest, whilst an immoderate increase may offset its other advantages by its disturbing effect on confidence; so a moderate reduction in money-wages may prove inadequate, whilst an immoderate reduction might shatter confidence even if it were practicable.“ A.a.O., S. 226f.

¹² Siehe V. C h i c k : *Macroeconomics After Keynes. A Reconsideration of the General Theory*, London 1983, besonders Tabelle auf S. 7.

scher Absicht bestritten. Für sie ist erwiesen, daß es in dieser Phase zwischen Reallohnsatz und Profitrate kein Nullsummenspiel gilt: Was den Lohnbeziehern nützt, kommt auch den Kapitaleignern zugute.

Die Argumente, daß Lohnerhöhungen in Unterbeschäftigungssituationen auch die Profite erhöhen, können hier nicht im einzelnen dargestellt, geschweige denn auf ihre Plausibilität überprüft werden. Wichtig scheint aber folgender Hinweis: Die Vorstellung vom beschäftigungsanregenden Effekt einer Lohnerhöhung ist insofern keine reine Kaufkrafttheorie des Lohns, weil sie in der Regel mit ganz bestimmten produktionstheoretischen Prämissen verbunden wurde.

Spezielle Annahmen

Eine wesentliche Vorstellung in diesem Zusammenhang ist, daß sich aus der lohnsteigerungsinduzierten Mehrnachfrage zunehmende Skalenerträge ergeben können. Diese Vorstellung spielte bereits in der Lohn Diskussion, die gegen Ende der Weimarer Republik stattfand, eine erhebliche Rolle¹². Theoretisch liegt hier eine Möglichkeit, die Koexistenz steigender Löhne und Gewinne zu begründen. Die andere besteht darin, Multiplikator- und möglicherweise auch Akzeleratoreffekte einer Lohnerhöhung zu unterstellen.

Auch ohne genauere Analyse dürfte klar sein, daß eine Beschäftigungserhöhung als Folge einer Lohnerhöhung zwar nicht ausgeschlossen werden kann, aber doch an spezielle, keineswegs selbstverständliche Bedingungen gebunden ist. Rohwedder und Herberg¹⁴ haben z. B. in einer komparativ-statischen Analyse gezeigt, daß die Annahmen über die Preisbildung von erheblicher Bedeutung sind und ebenso diejenigen, die man über das Verhalten der geldpolitischen Instanzen macht. Selbstverständlich kommt es aber ganz entscheidend darauf an, daß der erste Schritt der ganzen Argumentation Bestand hat, also die Nachfrageausweitung als Folge der Lohnerhöhung überhaupt eintritt. Reagieren Investitionsgüternachfrage und/oder Exportnachfrage darauf negativ, so ist das nicht gesichert.

Doch selbst bei einem positiven Nettoeffekt bleiben wichtige Fragen zunächst offen: Kann wirklich davon ausgegangen werden, daß in der Konsumgüterindustrie ein höheres Maß an zunehmenden Skalenerträgen vorliegt, so daß sich selbst bei negativer Auswirkung auf In-

vestition und Export volkswirtschaftlich betrachtet eine Kostendegression ergibt? Kann davon ausgegangen werden, daß bei einem nachfragestimulierenden Nettoeffekt wirklich die Beschäftigung erhöht wird? Es sei in diesem Zusammenhang an eine Begründung von Viktor Agartz für eine expansive Lohnpolitik aus dem Jahr 1953 erinnert. Nachdem er den produktionsanregenden Effekt einer Kaufkraftsteigerung hervorgehoben hat, führt er aus: Eine expansive Lohnpolitik ist zugleich das wirksamste Mittel, die Betriebe laufend zu höherer Rationalität anzuhalten, die Produktivität zu steigern und dadurch die Lohnexpansion zu fundamentieren.¹⁵ Wenn die angesprochene „höhere Rationalität“ sich als Folge der Lohnerhöhung durchsetzt, so bedeutet das aber Abschwächung oder gar Abwesenheit eines positiven Beschäftigungseffekts.

Auf ein bisher nicht erwähntes Problem sei wenigstens hingewiesen: Es gibt Indizien dafür, daß der Beschäftigungseffekt einer Lohnerhöhung sich anders darstellt, wenn man einmal den kurzfristigen, zum anderen den mittel- und langfristigen Effekt im Auge hat. Dieser Gesichtspunkt wird z. B. von Malinvaud¹⁶ betont, der kurzfristig einen positiven, mittel- bis langfristig jedoch, wegen der Auswirkung auf die Profitabilität, einen negativen Beschäftigungseffekt für wahrscheinlich hält. Eine Bestätigung dieser Sicht ließe Lohnerhöhungen, insbesondere Realloohnerhöhungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, in der gegenwärtigen langanhaltenden Beschäftigungskrise aber als recht problematischen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erscheinen.

Zusammenhang in der offenen Wirtschaft

Auf einen sehr wesentlichen Aspekt ist bisher nicht eingegangen worden: den Lohn-Beschäftigungs-Zusammenhang in der offenen Volkswirtschaft. Für eine Wirtschaft, wie die der Bundesrepublik, mit einem Exportanteil von über 30 % sowie beträchtlichen Kapitalbewegungen kann Sinnvolles aber nur ausgesagt werden, wenn man diesen hohen Grad an Weltmarktintegration in Rechnung stellt.

Über die tendenzielle Veränderung, die sich im Verhältnis zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung bei Berücksichtigung der außenwirtschaftlichen Beziehungen ergibt, herrscht unter Ökonomen weitgehende Einigkeit: Die Karten werden dadurch zugunsten derjenigen gemischt, die die inverse Beziehung zwischen Reallohnsatz und Beschäftigung betonen. Oder anders her-

¹² Siehe H. Hagemann: Lohnsenkungen als Mittel der Krisenbekämpfung?, in: H. Hagemann, H. D. Kurz (Hrsg.): Beschäftigung, Verteilung, Konjunktur, Zur Politischen Ökonomik der Modernen Gesellschaft, Festschrift für Adolph Lowe, Bremen 1984, S. 97-129.

¹⁴ J. Rohwedder, H. Herberg: Effects of Exogenous Wage Increases: The Purchasing Power Argument vs. The Production Cost Argument, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 104. Jg. (1984), S. 585-601.

¹⁵ V. Agartz: Expansive Lohnpolitik, in: WWI-Mitteilungen 1953, S. 246.

¹⁶ E. Malinvaud: Wages and Unemployment, in: The Economic Journal, 92 (1982), S. 1-12.

um: Wer der Kaufkrafttheorie des Lohnes für die geschlossene Wirtschaft noch einen gewissen Kredit einzuräumen bereit ist, scheint gezwungen zu sein, den Kredit bei Berücksichtigung der außenwirtschaftlichen Beziehungen als verspielt anzusehen.

Die Argumente, die dafür vorgebracht werden, daß in einer offenen Wirtschaft der inverse Zusammenhang zwischen Löhnen und Beschäftigung schärfer als in der geschlossenen hervortritt, können im wesentlichen auf zwei Begründungsstränge reduziert werden, nämlich einmal auf die von Lohnveränderungen ausgelösten Kapitalbewegungen, sowie zum zweiten auf die davon ausgehenden Leistungsbilanzveränderungen.

Die von Lohnerhöhungen ausgelösten Kapitalbewegungen und nicht die Leistungsbilanzrestriktion sind interessanterweise das Hauptthema eines von Keynes 1930 veröffentlichten Aufsatzes mit dem Titel „The Question of High Wages“¹⁷. Obwohl er durchaus Sympathie für Positionen erkennen läßt, die eine machttheoretische Determination des Lohnsatzes zu begründen versuchen und eine expansive Lohnpolitik propagieren, stellt er fest: „The high-wage party forget that we belong not to a closed system“¹⁸. In einem offenen System käme es als Folge der Lohnerhöhungen zu Kapitalexporten. Unter einem Regime flexibler Wechselkurse wäre eine Abwertungstendenz die Folge; die dadurch im Inland ausgelösten Preissteigerungen würden den Reallohn wieder auf sein altes Niveau reduzieren. Unter dem Goldstandard (zu dem England ja 1925 zurückgekehrt war) kommt es dagegen nach seiner Auffassung zu Goldabflüssen, zu einer Erhöhung des Diskontsatzes, zu Verunsicherung der Unternehmen und steigender Arbeitslosigkeit. Von dieser geht zwar ein Druck auf die Reallöhne aus; der Anpassung an ein neues Gleichgewicht stehen aber Friktionen entgegen, die diese Anpassung verzögern, so daß eine erhebliche Verschwendung von Ressourcen eintreten kann, bis sich ein Reallohn einstellt, der sich in Übereinstimmung mit den externen Bedingungen befindet.

Man sieht: Für offene Volkswirtschaften argumentiert hier ein Keynes, an dem ein Kieler Institut für Weltwirtschaft sein Wohlgefallen haben kann. Eine Lohnsenkung hält er freilich für inpraktikabel und nicht für wün-

schenswert. Die von ihm empfohlene Strategie heißt: „Squeezing the higher wages out of increased efficiency“¹⁹. Festgehalten werden muß aber, daß es vor allem eine hohe Kapitalmobilität ist, die nach Keynes' Auffassung einer nationalen Politik der Lohnerhöhung externe Schranken setzt.

Leistungsbilanzeffekte

Anders als von Keynes in diesem Aufsatz wird meist auf die Reaktion der Leistungsbilanz auf eine Lohnerhöhung und die davon ausgehenden Effekte verwiesen. Unter einem Regime fixer Wechselkurse führen – so die gängige Argumentation – starke Lohnerhöhungen zu Preiserhöhungen und damit zur Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit inländischer Anbieter auf Inlands- wie auf Auslandsmärkten. Es ergibt sich ein Leistungsbilanzdefizit mit negativen Beschäftigungseffekten, die sich durch die dadurch notwendig werdenden restriktiven Maßnahmen noch verstärken. Eine Alternative dazu bietet die Abwertung, die jedoch Importe verteuert, eventuell den Reallohn senkt, möglicherweise aber auch eine Preis-Lohn-Spirale auslöst und eine typische Stagflationssituation beschert.

Von einem System flexibler Wechselkurse ist von seinen Propagandisten eine größere Autonomie für eine nationale Stabilisierungspolitik, aber auch für die Tarifpolitik erwartet worden. Zahlungsbilanzrestriktionen scheinen zu entfallen, da sich unterschiedliche Preis- und Lohnentwicklungen über den Wechselkurs ausgleichen können.

Die inzwischen gemachten Erfahrungen bestätigen das nicht. Wie insbesondere die Entwicklung des Dollarkurses und der amerikanischen Leistungsbilanz zeigt, kann von einer automatischen Korrektur der Leistungsbilanzsalden über den Wechselkurs keine Rede sein. Zinsdifferenzen und dadurch ausgelöste Kapitalbewegungen spielen eine viel größere Rolle als die Befürworter flexibler Wechselkurse in Rechnung gestellt hatten. Aber selbst wenn ein System flexibler Wechselkurse annähernd wie erwartet funktionieren würde, wäre auf das zu verweisen, was oben zur Abwertung gesagt wurde. Daß Wechselkursanpassungen die Beschäftigungseffekte einer Realloohnerhöhung nicht erheblich modifizieren – und zwar weder kurz- noch mittelfristig, ist im übrigen auch das Ergebnis einer für Belgien durchgeführten Untersuchung²⁰, die die oben bereits referierte Sicht bestätigt, daß die kurz- und mittelfristigen Beschäftigungseffekte einer Realloohnerhöhung

¹⁷ J. M. Keynes: The Question of High Wages, in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. XX, hrsg. von D. Moggridge, London und Basingstoke 1981, S. 3-16. In der General Theory wird in einem kurzen Ausflug in die offene Wirtschaft demgegenüber die Reaktion der Leistungsbilanz hervorgehoben: „If we are dealing with an unclosed system, and the reduction of money-wages is a reduction relatively to money-wages abroad when both are reduced to a common unit, it is evident that the change will be favourable to investment, since it will tend to increase the balance of trade.“ A.a.O., S. 262 (Hervorhebung von Keynes).

¹⁸ Ders., S. 8.

¹⁹ Ders., S. 11.

²⁰ J. H. Dreze, F. Modigliani: The Trade-off between Real Wages and Employment in an Open Economy, in: European Economic Review, 15 (1981), S. 1-40.

stark voneinander abweichen. Das Ergebnis für die (ge-
wiß offene) belgische Wirtschaft ist: Eine sehr geringe,
allerdings mit $-0,2$ negative kurzfristige Beschäfti-
gungselastizität, eine weit stärker negative (-2) mittel-
fristige Beschäftigungselastizität in bezug auf den Real-
lohnsatz.

Insgesamt gesehen ist der Zusammenhang zwischen
Lohnhöhe und Beschäftigung viel komplizierter und von
mehr Einflußgrößen abhängig, als den Vertretern eines
inversen wie auch denjenigen eines positiven Zusam-
menhangs zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung be-
wußt zu sein scheint. Neben den Reaktionen der ver-
schiedenen Nachfragekomponenten auf eine Lohner-
höhung und dem daraus resultierenden Nettoeffekt
spielen das Preissetzungsverhalten, die Geldpolitik und
die Produktionsgegebenheiten eine Rolle. Angesichts
der gegebenen Unsicherheiten – man denke nur an den
bestehenden Kenntnisstand bezüglich der Investitions-
funktion – kann man sich nur wundern, daß die wirt-
schaftspolitische Debatte von Positionen beherrscht
wird, die, von keinerlei Zweifel angekränkt, deklarieren,
daß die Arbeitslosigkeit durch Lohnsenkung oder
Lohnerhöhung (bzw. hinter dem Produktivitätsfortschritt
zurückbleibender/darüber hinausgehender Erhöhung)
überwunden werden kann.

Es ist einzuräumen, daß für eine offene Volkswirt-
schaft die These vom inversen Zusammenhang zwi-
schen Lohn und Beschäftigung etwas an Plausibilität
gewinnt. Nimmt man die konkrete Situation der Bundes-
republik, so ergeben sich jedoch ernste Zweifel, ob eine
Politik der Lohnzurückhaltung wirklich zum Abbau der
Arbeitslosigkeit beiträgt. Bereits die vergangenen Jahre
waren durch hohe Leistungsbilanzüberschüsse ge-
kennzeichnet. Diese weiter zu erhöhen, ist die Vorstel-
lung derjenigen, die mit Blick auf den Weltmarkt Lohn-
zurückhaltung als Voraussetzung für Beschäftigungser-
höhung empfehlen. Aber ist es wirklich eine realistische
Strategie? Da zunehmenden Leistungsbilanzüber-
schüssen der Bundesrepublik zwangsläufig steigende

Leistungsbilanzdefizite anderer Länder gegenüberste-
hen, muß mit Reaktionen gerechnet werden, die einer
solchen Strategie Grenzen setzen.

Alles in allem wird man deshalb feststellen können,
daß das Thema Lohnhöhe und Beschäftigung gegen-
wärtig mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht als es ver-
dient. Nichts spricht in der gegenwärtigen Situation da-
für, daß eine expansive Lohnpolitik eine erfolgverspre-
chende beschäftigungspolitische Strategie darstellt; es
ist umgekehrt aber auch äußerst fragwürdig, ob einer
Reallohnreduktion beschäftigungspolitische Erfolge be-
schieden sein werden. Es wäre deshalb wünschens-
wert, wenn sich die Ökonomen von dieser für das Be-
schäftigungsproblem sekundären Frage ab- und den
dafür relevanten Fragen zuwenden würden.

Die in den vergangenen Jahren in der Bundesrepu-
blik eingetretene Verteilungsrevision zugunsten der Ge-
winne bei gleichzeitiger Erhöhung der Arbeitslosigkeit
stützt die zuletzt vorgetragene These, daß dem Real-
lohnniveau eine übertriebene Bedeutung für die Be-
schäftigungshöhe zugemessen wird. Aber selbst wenn
die inverse Beziehung zwischen Lohn- und Beschäfti-
gungshöhe nachweisbar wäre, müßte daran erinnert
werden, daß Reallohnreduktion nicht die einzige Option
einer Beschäftigungspolitik darstellt. Auch bei ganz
neoklassischer Sichtweise gibt es dazu Alternativen. Ei-
ne besteht in einer Verringerung des Arbeitsangebots,
also in Arbeitszeitverkürzung, eine andere in einer Mo-
dernisierungsstrategie, d. h. in dem, was Keynes im Au-
ge hat, wenn er „squeezing the higher wages out of in-
creased efficiency“ empfiehlt.

Letzteres erfordert Investitions- und Innovationsan-
strengungen. Es vermag nicht zu überzeugen, wenn be-
hauptet wird, daß diese nur durch Verteilungsrevisionen
zu Lasten der Lohnbezieher erfolgen können. Vielmehr
könnte die Wirtschaftspolitik hier z. B. an die brachlie-
genden Überlegungen über eine verstärkte Beteiligung
der Arbeitnehmer am Produktivvermögen anknüpfen.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung –
Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Armin Gutowski, Vizepräsident:
Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:

Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Dipl.-Vw. Rainer Erbe,
Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw.
Irene Wilson, M.A., Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Ham-
burg 36, Tel.: (040) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photome-
chanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung,
Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Tel.: (040) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 8,50, Jahresabonnement DM 96,-
(Studenten: DM 48,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Ham-
burg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Wünsch-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.